

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Nicole Höchst, Frank Pasemann, Martin Reichardt, Thomas Ehrhorn, Johannes Huber und der Fraktion der AfD

Alleinerziehende und vorläufige Zwangsmaßnahmen des Jugendamts

Alleinerziehende sind in Deutschland häufiger von Armut betroffen als Haushalte mit Mutter und Vater (www.bpb.de/apuz/252655/armutrisiko-alleinerziehend?p=all#footnode2-2).

Dies kann nach Ansicht der Fragesteller zu weiteren Problemen führen.

So geht aus einer Statistik des Statistischen Bundesamts hervor, dass im Jahr 2018 vor vorläufigen Schutzmaßnahmen 11.903 Kinder bei einem alleinerziehenden Elternteil gelebt haben, während 11.418 davor bei den Eltern und 7.045 bei einem Elternteil mit neuem Partner lebten (www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Kinderhilfe-Jugendhilfe/Publikationen/Downloads-Kinder-und-Jugendhilfe/vorlaeufige-schutzmassnahmen-5225203187004.pdf?__blob=publicationFile, S. 42).

Der Anteil an Kindern, die in eine Schutzmaßnahme kommen und davor ein alleinerziehendes Elternteil hatten, ist nach Ansicht der Fragesteller also deutlich höher als der gesamtgesellschaftliche Anteil von Alleinerziehenden im Jahr 2018 von ca. 20 Prozent (www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Tabellen/2-8-lr-familien.html).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie verteilen sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Geschlechter der alleinerziehenden Eltern, deren Kinder in Schutzmaßnahmen kommen (bitte nach Jahren seit 2014 auflisten)?
2. Wie sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Geschlechter der Kinder verteilt, die einer vorläufigen Schutzmaßnahme unterzogen wurden und aus einer Familie mit einem alleinerziehenden Elternteil stammen?
3. Was sind nach Auffassung der Bundesregierung die Gründe für den höheren Anteil der Alleinerziehenden, welche von Armut betroffen sind?
 - a) Was plant die Bundesregierung gegen das erhöhte Armutsrisiko zu tun?
 - b) Könnte nach Meinung der Bundesregierung, bezugnehmend auf den in der Vorbemerkung der Fragesteller verlinkten Bericht (www.bpb.de/apuz/252655/armutrisiko-alleinerziehend?p=all#footnode2-2), nach dem die Familienform „Alleinerziehend“ statistisch besonders armutsgefährdet ist und juristisch die Praktizierung des Wechselmodells keinen Alleinerziehendenstatus darstellt, die Einführung des Wechselmodells in der Erziehung Abhilfe in Bezug auf das Armutsrisiko der Kinder und Elternteile schaffen?

4. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Alleinerziehenden mit Migrationshintergrund bezogen auf die Fragen 1 und 2?

Berlin, den 12. November 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion